Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 64. **für Anhalt und Thüringen.** **Jahrgang 204.**

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2.50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Familienbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raumf. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expeditionen in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87. Hinterhaus. Eing. Gr. Brauhausstr. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Verantwortl. Leiter: Dr. Walther Bebensleben in Halle a. S.

Dienstag, 7. Februar 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburgerstraße 30. Telephon Amt VI Nr. 16 290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

* **Der Kaiser über die Besichtigungen.** Wie an zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist eine kaiserliche Kabinettsorder unterwegs über die Besichtigungen in der Armee, die im wesentlichen darauf hinausläuft, daß diese Besichtigungen nicht gar zu häufig vorgenommen werden sollen und daß den Regiments- und Bataillonskommandeuren von den höheren Vorgesetzten bei der Handhabung der Besichtigungen kleinerer Verbände nicht zu viel dreingeredet werden solle. Das wesentlichste moralische Moment der neuen Kabinettsorder dürfte eben auf dem Nachdruck ruhen, mit dem betont wird, daß den Bataillons- und Regimentsführern die Initiative nicht durch allzu viel Beschränkungen von oben her geschwächt werden möge.

* **Seine Majestät der Kaiser** ist der historischen Kommission für die Provinz Hannover, das Großherzogtum Oldenburg, das Herzogtum Braunschweig, das Fürstentum Schaumburg-Lippe und die Freie und Hansestadt Bremen als Patron beigetreten.

* **Der Arbeitsplan des Herrenhauses.** Das Herrenhaus wird zu seiner nächsten Plenarsitzung am Dienstag, den 21. Februar, nachmittags 1 Uhr, zusammentreten. Es ist beabsichtigt, im ganzen drei Plenarsitzungen im Februar abzuhalten, um das dem Herrenhause vorliegende Material zu beraten. Die Kommunalkommission des Herrenhauses wird vom 7. bis 9. d. Mts. die Entwürfe betr. Abänderung der Gemeindeordnung für die Rheinprovinz betr. die Reinigung öffentlicher Wege und den Entwurf einer Wegeordnung für die Provinz Ostpreußen beraten, die Unterrichtskommission des Herrenhauses tritt am 10. d. Mts. zusammen zur Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Beschulung blinder und taubstummer Kinder.

* **Die Arbeiten des Abgeordnetenhauses.** Die Festsetzung der Arbeitsdispositionen im Abgeordnetenhause erfolgt, seitdem der Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses keine Sitzungen mehr abhält, durch das Präsidium im Einvernehmen mit den Fraktionen des Hauses. Eine Kontingentierung der Etatsberatung soll nicht beabsichtigt sein; nach Erledigung der Beratung der Zweckverbandsgesetze wird in der Etatsberatung fortgefahren werden mit dem Etat des Ministeriums des Innern, der etwa 5 Tage in Anspruch nehmen wird.

* **Elektrisierung von Staatsbahnstrecken.** Neben der in der Ausführung begriffenen Elektrisierung der Staatsbahnstrecke Magdeburg—Leipzig wird auch die Elektrisierung der schlesischen Gebirgsbahn bis Glatz nebst deren Zweiglinien geplant. Während jene Bahn sich durchweg in der Ebene bewegt, weist die schlesische Gebirgsbahn, wie der Name ja auch schon andeutet, eine ganze Reihe von Strecken mit erheblicher Steigung auf. Sie wird daher eine wertvolle Ergänzung der Magdeburg—Leipzig-Linie in bezug auf die wirtschaftliche Erprobung der Elektrizität für den Eisenbahnbetrieb bilden.

* **Zu der geplanten Einkaufsstelle für Staats- und Kommunalbeamte** hat sich der Vorstand des Verbandes Deutscher Beamten-Vereine auf eine Anfrage folgendermaßen geäußert: Nach eingehender Erwägung der von den Antragstellern vorgebrachten Gründe für die Errichtung einer solchen Gesellschaft muß ein Bedürfnis für die beabsichtigte Gründung verneint, ja die Gründung sogar für die Beamtenschaft als unerwünscht bezeichnet werden. Der immer noch auftauchenden Meinung, die Beamtenschaft — insbesondere die mittlere und untere — befinde sich in so schlechter wirtschaftlicher Lage, daß sie in höherem Maße als die ähnlich gestellten Schichten der übrigen Reichsbevölkerung gezwungen sei, sich ihre Bedürfnisse auf Kredit oder zu geringeren als den normalen Preisen zu beschaffen, muß widersprochen und vielmehr der Grundsatz vertreten werden, daß der Beamte wie jeder andere Staatsbürger behandelt werden muß, daß also Sondereinrichtungen der genannten Art eine Existenzberechtigung nicht haben.

* **In der Zündwarenkontingentierungsordnung** sind durch Bundesratsbeschluß einige Aenderungen vorgenommen. Danach ist, wenn das Kontingent einer Fabrik innerhalb der vom 1. Oktober 1909 laufenden fünfjährigen Frist in einem Kontingentsjahre nicht erreicht wird, die verbleibende Menge auf das nächste Kontingentsjahr zu übertragen. Die für die einzelnen Fabriken festgesetzten Kontingente können ganz oder teilweise auf eine andere Fabrik, die bereits vor dem 1. Juni 1909 betriebsfähig eingerichtet war, übertragen werden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 6. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Beseler.

Das Andenken des verstorbenen Abg. **Boysen** (kons.) ehrt das Haus in herkömmlicher Weise durch Erheben von den Plätzen.

Hierauf wird die Einzelberatung des

Justizetats

beim Kapitel Land- und Amtsgerichte fortgesetzt.

Abg. **Mathis** (nl.): Weltfremdheit der Richter und Klassenjustiz sind heute gern gebrauchte Schlagwörter, die sogar in gut geleiteten Blättern auftauchen. In Wahrheit fehlt es den Richtern nicht an Fühlung mit dem praktischen Leben. Man hüte sich nur vor der Sucht, einzelne verfehlte Gerichtsentscheidungen zu verallgemeinern. Dem Ansehen des Richterstandes ist es nicht förderlich, wenn Abg. Böhmer, selbst ein Richter, auf ihn Angriffe richtet.

Abg. **Cassel** (fortschr.): Eine maßvolle Kritik an Fehlsprüchen von Gerichten ist zu begrüßen, denn sie verhütet eine Kluft zwischen Justiz und Volksempfinden.

Abg. **Rhiel** (Ztr.): Die getroffenen Vereinfachungen im Grundbuchwesen sind durchaus zu begrüßen.

Abg. Dr. **Kaufmann** (Ztr.): Mehr kleinere Amtsgerichte würden zweckmäßig sein und eins der Mittel bilden, die ländliche Bevölkerung an der Scholle festzuhalten.

Abg. Dr. v. **Kries** (kons.): Vermehrung der Gerichtstage wäre erwünscht.

Justizminister Dr. **Beseler**: Einer zu weitgehenden Kritik an Gerichtssprüchen und unzulässigen Verallgemeinerungen bin ich stets entgegengetreten und ich war auch bemüht, die Richter vor unberechtigten Vorwürfen zu bewahren. Wo sich ein Bedürfnis nach Gerichtstagen herausstellt, wird ihm in liberalster Weise entsprochen.

Abg. **Liebknecht** (Soz.): Man wende sich doch nicht gegen die Kritik, ohne die es nirgends abgeht. Die Autorität der Gerichte könne nicht erzwungen werden, sondern muß von der Bevölkerung freiwillig anerkannt werden.

Minister **Beseler**: Gegen die Kritik hat sich niemand gewandt, sondern gegen die Art und Weise einer zu weitgehenden Kritik. (Beifall.)

Abg. Dr. **Böhmer** (kons.): Gegenüber dem Abg. Mathis muß ich feststellen: Ich glaube den Interessen des Richterstandes, den ich hochhalte, besser zu dienen, wenn ich an einzelnen Erscheinungen Kritik übe, als wenn ich alles unbesehen hinnehme. (Beifall.)

Abg. Dr. **Nöchling** (nl.): Die Richter sind für eine sachlich ruhige Kritik dankbar. Aber sie wehren sich mit Recht dagegen, daß man ihnen bei jedem Urteil den Vorwurf der Klassenjustiz an den Kopf wirft. (Beifall.)

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.): Der Vorredner hat sich über den Vorwurf der Klassenjustiz nicht genügend orientiert. (Unruhe und Lachen.) Er faßt ihn nur in engherzig-kleinlicher Weise auf, in der er nicht gemeint ist. (Lachen.) Wir empfinden die Klassengegensätze gewiß schmerzlich. (Na! na! rechts.) Aber Ihnen zur Seite steht die Klassenjustiz.

Abg. Dr. **Nödling**: Wer die Klassengegensätze selbst geschaffen hat, kann sie nicht ehrlich bedauern. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.): Die Vernehmung des Vorsitzenden im Moabiter Prozeß durch den Minister sei nochmals mißbilligt. Viel mehr Veranlassung hätte der Minister gehabt, die Staatsanwälte im früheren Essener Meineidsprozeß zurechtzuweisen, denn diese haben die Politik in skrupelloser Weise in den Prozeß hineingezogen und haben die Wahrheit verschleiert. (Unruhe.)

Minister **Beseler**: Ich habe jenen Vorsitzenden nicht zur Verantwortung gezogen und vernommen, sondern ich habe ihn lediglich um eine Information gebeten, und das wird mir wohl erlaubt sein. Den Vorwurf, die Staatsanwälte im früheren Essener Meineidsprozeß hätten die Wahrheit verschleiert, verstehe ich nicht; diese Verdächtigung weise ich zurück. (Beifall.)

Abg. **Haarmann**-Altona (nl.): Abg. Liebknecht hat ehrenhaften Männern ungeheuerliche Dinge unterstellt. Der Abwehr des Ministers schließen wir uns an. Jetzt schmäht man das erste Urteil als Klassenjustiz. Aber ist es nicht auch von Geschworenen gesprochen? Seitdem sind viele Dinge verwischt, und der Hauptbelastungszeuge ist verstorben. Aber deshalb geht es nicht an, den früheren Staatsanwälten ohne Beweis verbrecherische Dinge nachzusagen. (Beifall.)

Abg. **Faltin** (Ztr.): Angesichts der Beschlüsse der Reichstagsjustizkommission befürchten die mittleren Justizbeamten, das Aufrücken in die Stellen der Amtsanwälte können ihnen unmöglich gemacht werden. Kann der Minister diese Kreise beruhigen? Erwünscht wäre auch eine Aufbesserung der Rechnungsrevisoren, die Gleichstellung der Gerichtssekretäre mit den Verwaltungssekretären, die Erhöhung der Aktuardiäten und ein besonderer Fonds für nebenamtlich beschäftigte Amtsanwälte.

Geheimrat **Friken**: Für nebenamtlich beschäftigte Personen ist ein Unterstützungsfonds nicht möglich. Die völlige Ausschaltung der mittleren Justizbeamten bei der Karriere des Amtsanwalts liegt auch nicht in der Absicht der Reichstagskommission.

Abg. **Wiemann** (nl.): Den Wünschen des Abg. Faltin trete ich bei, und ich habe dabei die ganze Fraktion hinter mir.

Abg. **Hartscher** (Ztr.): Die mittleren Justizbeamten haben nur wenig gehobene Stellen. Diese verschließe man ihnen nicht. Gutbefähigte Kanzleibeamte sollten als Protokollführer verwendet werden dürfen.

Abg. **Sültemeyer** (kons.): Auch wir machen uns die Wünsche der mittleren Justizbeamten zu eigen.

Abg. Dr. **Schmitt**-Düsseldorf (Ztr.): Sache der Gefängnisgeistlichen sollte es sein, die Gefangenen individuell zu behandeln. Aber solange ein einziger Geistlicher auf so viele Gefangene kommt, ist das nicht möglich. Insbesondere sollte die Zahl der Gefängnisgeistlichen im Hauptamt stark vermehrt werden. Der Zellenbesuch sollte die einzige Form des Geistlichenbesuchs sein, sollte aber nicht lediglich auf besonderen Wunsch des Gefangenen erfolgen.

Ein **Regierungskommissar**: Um der individuellen Behandlung der Gefangenen näherzukommen, sind die großen Gefängnisse in Abteilungen mit je einem Oberinspektor an der Spitze gegliedert worden.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.): Auf den Zuspruch durch einen Geistlichen können wir besonderen Wert nicht legen; nicht der Geistliche, sondern der Arzt sollte der Freund und Vertrauensmann des Gefangenen sein.

Abg. **Witzmann** (nl.): Die Gebühren für Zeugen und Sachverständige entsprechen nicht mehr zeitgemäßen Anforderungen.

Ein **Kommissar**: Die früher mitgeteilten Bedenken gegen eine Aenderung der Gebührenordnung bestehen fort.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.): Die im Essener Meineidsprozeß Freigesprochenen sollten vom Staat reichlich entschädigt werden.

Abg. **Reinhart** (Ztr.): Die jetzt zur Verfügung stehende Summe zur Unterhaltung von Gerichtsgebäuden ist viel zu gering.

Bei den außerordentlichen Ausgaben dankt

Abg. v. **Oerzen** (frkons.) für den im Etat erscheinenden Neubau eines Geschäfts- und Gefängnisgebäudes in Luckenwalde.

Abg. Dr. **Arendt** (frkons.): Die Wahl des Bauplatzes für das projektierte Geschäfts- und Gefängnisgebäude beim Amtsgericht in Eisleben findet dort keinen Beifall. Könnte die Platzfrage nicht anders gelöst werden? Möge man beim Neubau wenigstens ausschließlich die dortigen Geschäftsleute berücksichtigen.

Ein **Regierungskommissar**: Ein anderer Bauplatz als am Bahnhof Eisleben kann leider nicht mehr in Frage kommen; eine solche Aenderung würde übrigens das Projekt um Jahre verzögern.

Nach Befürwortung weiterer lokaler Wünsche ist die zweite Lesung des Justizetats beendet.

Dienstag: Kleinere Vorlagen.

Deutscher Reichstag.

120. Sitzung vom 6. Februar, 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Delbrück, Lisco.

Die als erster Punkt auf der Tagesordnung stehende Interpellation Graf Kanitz (kons.) über die fremden Wertpapiere wird nach der Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück, die Interpellation in einigen Tagen zu beantworten, abgesetzt.

Es folgt die zweite Lesung des

Gerichtsverfassungsgesetzes.

Das Haus tritt sofort in die Einzelberatung ein. § 3 wird von der Regierungsvorlage nicht geändert. Die Kommission hat ihm die Bestimmung eingefügt: Die Zulassung zur Vorbereitung für den Justizdienst darf nicht vom Nachweis eines bestimmten Vermögens oder Einkommens abhängig gemacht werden. Die Sozialdemokraten beantragen, hinzuzusehen: Ebensowenig darf die Zulassung von der politischen oder konfessionellen Gesinnung oder Betätigung des sich zur Aufnahme in den Vorbereitungsdienst Meldenden abhängig gemacht werden. Ferner beantragen die Sozialdemokraten folgenden § 3a: Die Entfernung aus dem Vorbereitungsdienst darf nur auf Grund eines Disziplinargesetzes erfolgen.

Abg. **Brunstermann** (Rp.): Wir möchten eine rasche Verabschiedung der Vorlage und lehnen alle Anträge, die über die Kommissionsbeschlüsse hinausgehen, ab.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Was wir fordern, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Aber wir sind gegen die Praxis der Justizverwaltung mißtrauisch geworden. Die Zugehörigkeit zur jüdischen Konfession ist oft der Grund zu bedauerlichen Zurücksetzungen. Jüdische Richter avancieren nicht, jüdische Staatsbürger werden weder Geschworene noch Schöffen. Alle Parteien leiden schließlich darunter. Ein konservativer Oberlandesgerichtspräsident wird keinen liberalen Anwärter annehmen. Die Rechtsprechung wird dem Volke immer mehr entfremdet und politische Gesinnungsrichterei wird in die Rechtspflege hineingetragen.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (fortschr.): Wir stimmen der Kommissionsfassung und den sozialdemokratischen Anträgen zu. Es ist doch sehr sonderbar, daß in den Personalbogen der Referendare eine Spalte für die Religion enthalten ist, worin auch ein eventueller Religionswechsel eingetragen ist. Das sieht doch aus wie Proselytenmacherei oder Bezahlung für Religionswechsel. Namentlich auch die Herren vom Zentrum, die ja im sogenannten Toleranzantrag eine ähnliche Bestimmung mit Nachdruck unterstützt haben, müssen für diese Anträge stimmen.

Abg. Dr. v. **Dziembowski**-Pomian (Pole): Gegen das Prinzip des sozialdemokratischen Antrages kann nichts eingewendet werden. Für uns Polen ist die Zustimmung selbstverständlich. Glaubt man denn, daß das Deutsche Reich zugrunde geht, wenn auch polnische Richter angestellt werden?

Abg. **Wellstein** (Ztr.): Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab. Was der Antrag will, steht bereits im Gesetz; wenn auch nicht im Gerichtsverfassungsgesetz, so doch in den Verfassungen aller Bundesstaaten. In allen Verfassungen wird klar zum Ausdruck gebracht, daß lediglich der Grundsatz der Befähigung maßgebend sein darf.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (fortschr.): Die Verfassungen enthalten nur die allgemeinen Grundsätze, nach denen die Gesetze ausgeführt werden sollen. Es wird häufig vergessen, die Verfassungen nachzuschlagen und deshalb schadet es nichts, wenn diese Bestimmung in das Gesetz hineingeschrieben wird.

Abg. **Heine** (Soz.): Schon um eine Verknöcherung unserer Justiz zu vermeiden, sollte man möglichst aus allen Kreisen Anwärter zulassen. Die Justiz darf kein Privilegium für reiche Leute sein.

Abg. Dr. **Heinze** (nl.): Wir sollten über den Rahmen der Novelle nicht hinausgehen. Sie will nur bestimmte und besonders dringliche Materien regeln. Auch sozialdemokratische Referendare wurden bisher zugelassen. Insofern ist der sozialdemokratische Antrag überflüssig. Er geht aber zu weit, wenn er auch Freiheit in der politischen Betätigung verlangt. Diese Betätigung darf immer nur in gewissen Formen erfolgen. Die Annahme dieses Teiles des sozialdemokratischen Antrages würde die Freigabe einer unerhörten und maßlosen politischen Betätigung sein.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden gegen die Stimmen der Linken und der Polen die Beschlüsse der Kommission bestätigt.

Zum § 8 liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, daß Richter wider ihren Willen, nur kraft richterlicher Entscheidung, ihres Amtes enthoben und in den Ruhestand versetzt werden können. Auch sollen Richter wider ihren Willen nicht an eine andere Stelle versetzt werden können.

Abg. **Heine** (Soz.): Gerade die Vorgänge der letzten Zeit rechtfertigen die Annahme unseres Antrages. Ich erinnere nur an das Verhalten des preußischen Justizministers gegenüber dem Vorsitzenden des Moabiter Schwurgerichts. Landgerichtsdirektor Unger ist von Herrn Beseler regelrecht vernommen worden. Wo ist übrigens Herr Beseler? Er fehlt im Reichstag, wenn die preußische Justiz hier zur Debatte steht. Die Richter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191102072-19/fragment/page=0001

und Geschworenen standen uns politisch gewiß nicht nahe. Sie sind wohl auch in diese Prozesse hineingegangen unter dem Eindruck, daß eine sozialdemokratische Revolution in Moabit vor sich gegangen wäre. Was soll man dazu sagen, wenn der höchste Beamte des Reiches hier einem judizierenden Gericht sagt: die Polizeibeamten haben nur ihre Schuldigkeit getan? Mit einer Schärfe, die nur auf einer Einmütigkeit des Kollegiums beruhen kann, hat das Moabiter Gericht festgestellt, daß die Polizei sich eine große Zahl von Ueberschreitungen hat zu Schulden kommen lassen.

Staatssekretär Dr. **Lisco**: Der preußische Justizminister ist heute im Hause nicht anwesend. Das Abgeordnetenhaus berät heute den Justizetat und der Justizminister kann nur hier oder dort anwesend sein. Aber er hätte auch nicht erwarten können, daß bei dieser Gelegenheit, wo wir uns mit einigen Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes beschäftigen, der Moabiter Prozeß hier angeführt werden würde. Die Rechtsbelehrung ist vor ungefähr 14 Tagen gehalten worden, wo der Justizetat im preußischen Abgeordnetenhause auf der Tagesordnung stand. Der Justizminister konnte mit Sicherheit voraussehen, daß dort diese Angelegenheit zur Sprache kommen würde. Darum wollte er sich vorher informieren. Sie können versichert sein, daß der Justizminister sehr wohl weiß, daß die Rechtsbelehrung in keiner Weise zum Gegenstand eines Angriffes gemacht werden kann. Wer die Rede des Reichskanzlers damals mit angehört hat, weiß sehr wohl, daß der Reichskanzler keinen Beeinflussungsversuch gegenüber den Richtern unternommen hat. Der Reichskanzler steht viel zu hoch, als daß er irgend wie daran denken könnte, einen solchen Versuch zu machen. Die Behauptung, daß der preußische Justizminister und der Reichskanzler irgendwie in ungesetzlicher Weise einen Richter und besonders diejenigen Richter, die in letzter Zeit in den hiesigen Strafprozessen beteiligt waren, in ungesetzlicher Weise beeinflussen wollten, muß ich auf das entschiedenste zurückweisen. (Beifall rechts.)

Abg. **Heine** (Soz.): Die Behörden, vom Justizminister bis zum Ministerpräsidenten hinauf, vom Polizeipräsidenten bis zum Schutzmann hinunter haben so gehandelt, daß sie niemand hindern können, zu denken, sie haben die richterliche Unabhängigkeit nicht gewollt.

Abg. Dr. **Wagner** (kons.): Wenn den Sozialdemokraten ein Gerichtsurteil nicht paßt, dann kritisieren sie hier tüchtig drauf los. Das Vorgehen des preußischen Justizministers war das Gegenteil einer Maßregelung. Die Rechtsbelehrung wird nicht in die Akten aufgenommen, und daher mußte der Justizminister zunächst einmal den Wortlaut der Rechtsbelehrung feststellen. Er hat daher nur seine Pflicht getan. Der sozialdemokratische Antrag will die Richter den Reichsgerichtsräten in bezug auf die Unabhängigkeit gleichstellen. Die Reichsgerichtsräte sind die Auslese aus den Besten und sind besonders qualifiziert. Bei den anderen Richtern aber muß doch mit den menschlichen Schwächen gerechnet werden. Soll ein Richter Richter bleiben, der Trinker ist und täglich im Rinnstein liegt?

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Darum handelt es sich gar nicht. Im Fall Unger liegt direkt eine Maßregelung vor und zwar lediglich deshalb, weil er richtig geurteilt hatte. Richter, die falsch urteilen, werden bei uns nicht gemaßregelt. Ein Zivilist wird doch noch das Recht haben, nicht totgeschlagen zu werden.

Abg. Dr. **Ablaß** (fortschr.): Dem Richterstande kann es nur unangenehm sein, wenn er mit politischen Prozessen befaßt wird. Man sollte Prozesse nicht künstlich zu politischen stempeln. In den beiden Moabiter Prozessen lag dazu kein Anlaß vor. Der Reichskanzler hat unvorsichtig gehandelt, wenn er in das schwebende Verfahren eingriff. Der preußische Justizminister hat es an der nötigen Entschiedenheit in der Verteidigung des Richterstandes fehlen lassen. Den sozialdemokratischen Anträgen stimmen wir zu.

Abg. **Heine** (Soz.): Ich nehme das Recht zur Kritik richterlicher Urteile nicht nur für den Reichstag, sondern auch für jeden Menschen in Anspruch. Aber das Eingreifen des Reichskanzlers in ein schwebendes Verfahren war unzulässig.

Damit schließt die Debatte. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, die Kommissionsfassung bestätigt.

Die Beratung wird auf Dienstag vertagt.

Schluß 6 Uhr.

Ausland.

Die Eröffnung des englischen Parlaments.

Die feierliche Eröffnung des englischen Parlaments durch den König hat am Montag mit dem üblichen großen Zeremoniell stattgefunden. Die Thronrede verlas König Georg. In derselben heißt es u. a.:

Indem ich das erste unter meiner Regierung gewählte Parlament eröffne, gedenke ich vor allem des schmerzlichen Verlustes, den das Reich durch den Tod meines geliebten Vaters erlitten hat. Der König hieß hierauf den nach Vollendung seiner Mission aus Südafrika zurückgekehrten Herzog von Connaught willkommen und bezeichnete die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten als andauernd freundlich. Sodann kündigt die Thronrede an, daß infolge der Kündigung des Handelsvertrages seitens der japanischen Regierung Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages eingeleitet seien, die, wie er hoffe, zu einem befriedigenden Abkommen führen würden. Hierauf heißt es weiter: „Die häufigen Klagen über Schädigungen des britischen Handels durch die fortgesetzte Unsicherheit auf den Handelsstraßen im südlichen Persien haben meine Regierung bewogen, energische Vorstellungen an die persische Regierung zu richten, die seither der Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zugewendet hat. Es hat sich in der letzten Zeit eine gewisse Besserung in dem Zustande der Straßen bemerkbar gemacht, und meine Minister schlagen daher vor, die weitere Entwicklung abzuwarten, bevor sie auf die Annahme ihrer eigenen Vorschläge dringen, die in jedem Falle kein anderes Ziel verfolgen, als das Ansehen der persischen Regierung wiederherzustellen und den Handel zu schützen.

Mit großem Interesse sehe ich der im kommenden Mai zusammentretenden Reichskonferenz entgegen, in welcher sich die leitenden Minister meiner Selbstverwaltungskolonien und des Mutterlandes vereinigen werden, um über wichtige Angelegenheiten zu beraten, die ihnen von den einzelnen Regierungen unterbreitet werden sollen. Der König erklärte sodann, daß er die Absicht habe, nach den Krönungsfeierlichkeiten die indischen Besitzungen wieder zu besuchen. Die Thronrede kündigt ferner Vorschläge an für die Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Häusern des Parlaments zum Zwecke eines wirksameren Arbeitens der Verfassung, ferner Maßregeln zur Ausdehnung der Alterspensionen, weiter die Einführung einer Versicherung der Industriebevölkerung gegen Krankheit und Invalidität und einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in den Industriezweigen, in denen sie vorzugsweise zutage tritt.

In der sich anschließenden Sitzung des Unterhauses sagte Premierminister Asquith über verschiedene Aeußerungen Balfours, daß er eine starke Vermehrung der Ausgaben für die Verteidigungskräfte erwarte, er könne Balfour nur raten, eine Haltung geduldigen Abwartens anzunehmen. Obschon ich mich jeder eingehenden Bezugnahme auf die auswärtigen Angelegenheiten bei der Abwesenheit von Sir Edward Grey enthalten möchte, so kann ich doch, fuhr der Premierminister fort, die konventionelle Wendung der Thronrede erweitern und sagen, daß sich unsere internationalen Freundschaften, die, wie das Haus und das Land wissen, keine ausschließlichen sind und keine feindseligen Folgerungen oder Tendenzen in sich schließen, im Laufe der Jahre vertieft und verstärkt haben. Im Namen der Regierung und ich glaube, unter voller Zustimmung der Mitglieder aller Parteien des Hauses erwidere ich die herzlichen und freundlichen Ausdrücke, welche der hervorragende Minister der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs mit Bezug auf Großbritannien vor einigen Tagen gebraucht hat.

*

Der angebliche Angriff auf Europäer in Marokko. Die spanische Regierung hat keine Nachrichten über den von anderer Seite gemeldeten Angriff auf fünf Europäer im Gebiete von Melilla erhalten.

Die Lage im Yemen. In der Konferenz der jungtürkischen Kammerpartei teilte am Montag der Obmann mit, der Aufstand im Yemen trage nach den Erhebungen der Regierung keineswegs den Charakter einer allgemeinen arabischen Bewegung. Auswärtige Einwirkungen wurden nicht festgestellt.

Kammerpräsidentenwahl in Griechenland. Zum Präsidenten der revisionistischen Kammer wurde Stratos, der Kandidat der Venizelos-Partei, mit 249 von 276 abgegebenen Stimmen gewählt.

Die Kämpfe in Mexiko. Man meldet aus El Paso: Die Insurgenten zerstörten am Sonntag früh den Eisenbahnzug des Obersten der Bundesarmee, Rabago. Es entspann sich ein Kampf, bei dem zwei Insurgenten und 170 Mann der Bundesarmee gefallen sind. Rabago ist mit 300 Mann der Umzingelung durch die Revolutionäre entronnen und am Sonntag abend in Juarez eingezogen, wo er von der Bevölkerung lebhaft begrüßt wurde.

Die Revolution in Haiti. Aus Kap Haïtien (Haiti) wird gemeldet, der von den Revolutionären für die Präsidentschaft vorgeschlagene General Leconte habe im deutschen Konsulat Zuflucht gesucht. Ferner wird gemeldet, daß die Revolutionäre die Städte Le Trou und Quannaminth (?) eingenommen haben.

Die Luftschiffahrt.

Tödlicher Sturz des Leutnants Stein.

Aus Döberitz, 6. Februar, wird uns gedrahtet: Der 23 Jahre alte Leutnant Stein vom Telegraphen-Bataillon Nr. 3, kommandiert zur Versuchsabteilung der Verkehrstruppen, der heute morgen Flüge auf dem Döberitzer Flugfelde unternahm, stürzte, als er im Gleitfluge niederging, aus 20 Meter Höhe ab und erlitt einen Schädelbruch. Er war sofort tot.

Eine Ballonfahrt von Kopenhagen nach der Altmark.

Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, ist dort der Ballon „Danmark" am Sonntag vormittag 10 Uhr zu einer Dauerfahrt aufgestiegen. In der Gondel befanden sich Graf Moltke als Führer sowie ein Hauptmann und ein Oberleutnant als Passagiere. Der Ballon schlug südliche Richtung ein. Um 12 Uhr 40 Minuten passierte der Ballon in beträchtlicher Höhe Gjedser, in der Richtung nach Deutschland. Wie ein beim Aeroautischen Verein in Kopenhagen eingegangenes Telegramm meldet, ist der Ballon nachmittags 5 Uhr in der Nähe des altmärkischen Städtchens Bismark gelandet.

Aus Nah und Fern.

Amtliche Meldungen über den Brand des Gebäudes der Pforte in Konstantinopel bestätigen, daß das Gebäude des Staatsrats vollständig, die des Großvesirats und des Ministeriums des Innern teilweise abgebrannt sind. Dagegen sind das Auswärtige Amt und die Archive unversehrt. — Eine spätere Meldung aus Konstantinopel läßt sich noch wie folgt aus: Zu dem Brande auf der Hohen Pforte wird noch berichtet: Von den 100 Amtsdienern, welche das Erdgeschoß bewohnen, wurden 20 verhaftet, ebenso 2 Polizisten. Die Polizei und die öffentliche Meinung sind der Ueberzeugung, daß eine verbrecherische Brandlegung seitens derselben unentdeckten Urheber vorliege, die seinerzeit den Brand im Parlamentsgebäude verursacht hätten. Die Regierung soll mehrere Drohbriefe eines geheimen Komitees erhalten haben, daß alle öffentlichen Gebäude niedergebrannt würden.

Das furchtbare Wüten der Pest. Wie wir weiter aus Charbin erfahren, sind dort am Sonntag an der Pest 20 Chinesen und 2 Europäer gestorben. Vom russischen Sanitätspersonal sind am Sonntag und Montag 10 Personen erkrankt. — Sodann berichtet eine Meldung aus Tokio: Der Bakteriologe Kitasato reist am 12. d. Mts. in Begleitung des Chefs des Kolonialamts nach der Mandschurei ab, um die Sicherheitsmaßregeln gegen die Pest zu prüfen. Die japanische Regierung hat vom Reichstag einen Kredit von einer Million Yen für Ausgaben zur Bekämpfung der Seuche gefordert. — Schließlich wird aus Zizikar folgendes gemeldet: Seit Beginn der Pestepidemie sind hier ungefähr tausend Todesfälle vorgekommen. In der letzten Zeit sterben täglich 40—50 Personen.

120 000 Mark unterschlagen. Der frühere Kassierer der Ortsgruppe Wiesbaden des Buchdruckerverbandes, Franz Bertina, hat während seiner zehnjährigen Tätigkeit als Kassierer 120 000 Mark unterschlagen.

Die 253 Fischer auf der Eisscholle gerettet. Man meldet aus Helsingfors: Die Eisscholle, auf der die Fischer in das Meer getrieben waren, ist an der Insel Seekar gelandet. Die Fischer sind sämtlich gerettet.

Die sechste Verhaftung in einer Konkurssache. In der Konkurssache des Kaufmanns Herms in Potsdam ist gestern die sechste Verhaftung erfolgt. Die Frau des Herms wurde in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert, da dringender Verdacht vorliegt, daß sie an den Manipulationen ihres Mannes beteiligt ist.

Zu dem Zugzusammenstoß am Baumschulenweg wird amtlich noch aus Berlin gemeldet, daß die Schuldfrage ziemlich geklärt ist, und daß als der Schuldige an dem Unfall der Lokomotivführer des vom Potsdamer Bahnhofe kommenden Zuges in Frage kommt. Dieser hat das Haltsignal überfahren und ist dem anderen Zug in die Flanke gerannt. Die Zahl der Leichtverletzten hat sich inzwischen auf 27 erhöht, da sich noch mehrere Personen gemeldet haben. Schwerverletzt sind — wie bisher gemeldet — sechs Personen. Der Betrieb wurde gestern um 12 Uhr 15 Minuten wieder aufgenommen.

Der Lloydexpreßzug Hamburg—Genua wird nach Berliner Blättermeldungen wegen geringer Bedeutung wieder eingehen. Er soll künftig von Berlin aus über den Gotthard als Berlin—Genua-Expreß verkehren.

Vom Studentenstreik in Lemberg. In der dortigen technischen Hochschule sind am Montag die Vorlesungen wieder aufgenommen worden.

Provinz Sachsen und Umgebung.

W. **Gerbstedt**, 6. Februar. (Liebesdrama.) Ein Uhrmachergehilfe gab gestern auf seine Geliebte zwei Schüsse ab, die das Mädchen jedoch nur leicht verletzten, und versuchte sich dann durch einen Schuß in die Schläfe zu töten. Er wurde schwer verletzt in die Klinik nach Halle gebracht, wo er seinen Verletzungen erlegen ist.

W. **Leipzig**, 6. Februar. (Reichsgerichtsrat Weller als Leiche aufgefunden.) Der seit dem 31. Januar vermißte Reichsgerichtsrat Weller wurde heute mittag als Leiche aus der Pleiße gezogen.

n. **Cöthen**, 6. Febr. (Der landwirtschaftliche Verein Cöthen) trat am Freitag nachmittag in Rumpfs Hotel hierselbst zu seiner ersten diesjährigen Quartalsversammlung zusammen. Zunächst wurden die Herren Gutsbesitzer Freitag-Zuchau und von dem Bussche-Cösitz in den Verein aufgenommen. Dann teilte der Vorsitzende das Wissenswerte über den Stand der Maul- und Klauenseuche und die damit in Verbindung stehenden Fragen mit. Mit den gesetzlichen Schutzmaßregeln, deren Wert man sehr pessimistisch beurteile, habe sich auch die Landwirtschaftskammer bereits beschäftigt. Es solle ein Gesuch an die Regierung gerichtet werden, Milderungen in den Sperrmaßregeln eintreten zu lassen. Gewiß empfehle es sich bei vereinzeltem Auftreten der Seuche, die strengsten Schutzmaßregeln zu treffen, sei diese aber erst allgemein verbreitet, dann nützten alle Vorbeugungen nichts, sie schadeten eher insofern, als sie die Verbreitung und demgemäß die Abheilung verlangsamten, aber nicht hinderten. Die Landwirte wünschten die Gehöft- und Feldsperre, anstatt der schwer schädigenden Stallsperre. Die gesetzlichen Maßnahmen würden allerdings viel milder und entgegenkommender gehandhabt als in Preußen. — Das Vermögen des Vereins ist von 8946,16 Mk. am Jahresanfang auf 9255,63 Mk. am Jahresschluß gewachsen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Herren. — Ueber den nächsten Gegenstand: „Wie hoch sind die Vorteile der Rübenblättertrocknung zu bemessen?" referierte zunächst der Vorsitzende. Die Rübenblätter hätten einen großen Futterwert; da es jedoch nicht möglich sei, sie alle frisch zu verfüttern, müßte man zu Konservierungsmethoden greifen. Redner gab in bezug auf das Trocknungsverfahren eine genaue Schilderung seiner eigenen Anlage, die im Laufe der Jahre immer mehr vervollkommnet wurde. Er erreiche jetzt ein tadelloses Produkt, welches sich wie bestes Wiesenheu verwertet. Ein großes Geschäft sei allerdings nicht dabei zu machen, der Morgen verwerte sich etwa mit 15 Mk. Herr Amtmann Türke hob hervor, daß namentlich auch kleine und mittlere Besitzer mit Vorteil trocknen. Fabrikdirektor Zscheye wies noch darauf hin, daß die getrockneten Rübenblätter nicht die unangenehmen Folgeerscheinungen zeitigen wie die frischen. — Dann nahm Herr Tierzuchtinspektor Vielhauer-Halle das Wort zu seinem Vortrage über „Das Gebiet der Fütterungslehre unter besonderer Berücksichtigung der neuesten Kraftfuttermittel". Redner erklärte eingangs, daß es ganz gleich sei, welche der verschiedenen Fütterungsmethoden man den Vorzug gebe, die Hauptsache bestehe darin, daß man die gewählte Methode richtig zur Anwendung bringe. Im zweiten Teil seines Vortrages behandelte Redner die verschiedenen neuen Futtermittel, die auf dem Markt erschienen. Die Sojabohne mit einem Marktwert von 14 Mk. und einem Futterwert von 16 Mk. stelle ein gutes Futtermittel dar. Bei der Melassefütterung erwähnte Redner die Verarbeitung der Melasse mit Torf, Stroh, Spreu und Heidekraut; namentlich das letztere hebe die unangenehme Nebenwirkung der Melassefütterung auf. Zum Schluß ging er dann noch auf die Technik der Fütterung selbst ein, wobei er namentlich die individuelle Fütterung empfahl. — Nach kurzer Debatte wurden sodann noch die Resultate bei Anwendung von Kalkstickstoff ausgetauscht. In der Hauptsache sind die Beobachtungen an Rüben gemacht. Im allgemeinen sprach man sich dahin aus, daß die Wirkung des Kalkstickstoffs eine sehr langsame sei, die weiter noch vom Kalkgehalt des Bodens abhängig sei. Bei günstigen Witterungsverhältnissen würden damit gute Resultate erzielt, in normalen waren Chilisalpeter und Kalkstickstoff in der Wirkung gleich, bei ungünstiger Witterung zeigte der letztere am wenigsten Erfolge. Allseitig wurde über die Unannehmlichkeiten beim Ausstreuen des Kalkstickstoffs geklagt.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung.

Halle a. S., 6. Februar 1911.

Vorsitzender: Stellvertr. Vorsteher Justizrat Föhring.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet der Vorsitzende dem am Sonnabend verstorbenen Ehrenbürger der Stadt Halle, Herrn Geheimen Kommerzienrat Ludwig Bethcke, einen herzlichen Nachruf. Mit Bethcke hat ein Mann das Zeitliche gesegnet, der viele Jahre unserm Stadtv.-Kollegium angehörte. Er hat hier den großen Aufschwung, den unsere Stadt durchmachte, nicht allein miterlebt, sondern er hat auch einen regen und tätigen Anteil daran genommen. Als Mitinhaber eines großen Bankhauses hat er reichliche Gelegenheit gehabt, Handel und Industrie zu fördern. Sein Gerechtigkeitsgefühl, seine Biederkeit, seine Klugheit und Umsicht wurden allgemein geschätzt, und so hat ihn die Bürgerschaft fast 40 Jahre lang in die Stadtverordnetenversammlung entsandt. Hier war er lange Jahre Vorsitzender in den wichtigsten Ausschüssen, auch von der Stadtverordnetenversammlung, und immer hat er segensreich gewirkt. Er hat auch, seit er 1904 infolge Krankheit und hohen Alters aus unserer Mitte scheiden mußte, und die Stadtverordneten die Dankbarkeit der Stadt für seine Verdienste durch die Ernennung zum Ehrenbürger ausdrückte, sein Interesse für die Stadt nicht als erledigt angesehen. Er hat vielmehr dieses Interesse auch weiter betätigt. Wir alle wissen auch, wie groß seine Wohltätigkeit gewesen ist, wie er im einzelnen und in Vereinen für Wohltätigkeitszwecke große Summen zur Verfügung gestellt hat. Sie haben sich von ihren Plätzen erhoben und dadurch zu erkennen gegeben, daß Sie sein Andenken ehren wollen.

Weiter gab der Vorsitzende Kenntnis von zwei Eingaben, darunter einer, in welcher um Einrichtung eines kommunalen paritätischen Arbeitsnachweises ersucht wurde. Der Magistratsvorsitzende teilt mit, daß eine bezügliche Vorlage nicht zu erwarten sei. Die Eingabe wird dem Petitionsausschuß überwiesen, die zweite Eingabe, in der vom 5. kommunalen Bezirksverein um Beseitigung des Riffelpflasters auf dem Bürgersteig des oberen Mühlweges ersucht wird, dem Bauausschuß. Nunmehr wird an die Erledigung der Tagesordnung gegangen.

1. Erweiterung der Eisgewinnungsanlage auf dem Schlacht- und Viehhofe. Der Magistrat beantragt, zuzustimmen, daß 1. die Eiserzeugungsanlage auf dem städtischen Schlachthofe erweitert wird, 2. die dafür auf 64 000 Mk. veranschlagten Kosten dem Erneuerungsfonds des Schlachthofes entnommen werden. Die Eiserzeugungsanlage auf dem städtischen Schlachthofe ist 1906 eingerichtet und 1907 in Betrieb genommen worden. Sie war ursprünglich zugeschnitten auf eine Leistung von rund 200 Zentnern in 24 Stunden. Durch Verbesserung der maschinellen Anlage (Ueberhitzer- oder Flüssigkeitsabschneide-Einrichtung) ist es erreicht worden, daß in demselben Zeitraume 230 Zentner hergestellt werden können. Die Nachfrage nach Kunsteis hat aber von Jahr zu Jahr erheblich zugenommen. Ganz besonders stark war sie im vorigen Sommer. Es kommt nur etwa die Hälfte der verlangten Mengen hergestellt werden. Wenn dies auch im Vorjahre in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß der vorherige Winter Natureis fast gar nicht brachte, so zeigt doch die nachstehende Tabelle, daß Kunsteis beim Publikum immer beliebter geworden ist. Rechnungsjahr 1907: 13 639 Zentner Eiserzeugung, 7362,36 Mk. Erlös; Rechnungsjahr 1908: 23 447 Zentner Eiserzeugung, 13 594,20 Mk. Erlös; Rechnungsjahr 1909: 31 186 Zentner Eiserzeugung, 20 708,31 Mk. Erlös; Rechnungsjahr 1910 (1. 4.—31. 12.): 42 038 Zentner Eiserzeugung, 31 563,25 Mk. Erlös. Die stets gestiegene Nachfrage und das günstige finanzielle Ergebnis haben dahin geführt, daß das Kuratorium sich einstimmig dafür ausgesprochen hat, die Eiserzeugungsanlage zu erweitern. Die Erweiterung ist so gedacht, daß der neue Eis-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191102072-19/fragment/page=0002
DFG

generatorraum unmittelbar neben dem alten eingerichtete und der schon vorhandene Anbau des Maschienhauses nach Norden zu vergrößert wird. Dabei werden der jetzige Eingang zum Maschinenhause, die Maschinenmeisterstube, die Reparaturwerkstatt und der provisorische Lokomotivschuppen mit zum neuen Eisgeneratorraum verwendet. Die Größe soll so bemessen werden, daß durch die neue Anlage in 24 Stunden etwa 400 Zentner Eis hergestellt werdei können. Uiter Hinzurechnung der alten Anlage ergibt sich dann eine Gesamtproduktionsmöglichkeit von etwa 600 bis 630 Zentnern in 24 Stunden. Die für den Betrieb des neuen Eisgenerators erforderliche Kälte soll durch einen neu zu beschaffenden Kompressor erzeugt werden. Der Antrieb erfolgt durch eine besondere, mit dem Kompressor gekuppelte Dampfmaschine. Die Aufwendungen lassei einen reichlichen Gewinn erwarten. Man nimmt an, daß in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober täglich rund 400 Zentner Eis abgesetzt werden, das sind 60 000 Zentner mit einer Einnahme von 45 365 Mk., die Ausgaben werden auf 26 000 Mk. berechnet. Die Vorlage wird auf Befürwortung durch die Berichterstatter Stadtvv. Rabe, Reichardt und Zell angenommen; ebenso ein Antrag des Stadtv. Knabe, der eine Trennung der Kostenberechnung bei der Eisgewinnuig vom Schlachthofe dem Magistrat zur Erwägung überwiesen haben will.

2. Festsetzung des Stadthaushaltsplanes für 1911, und zwar: a) Kapitel VII — Polizei-Verwaltung. — Einnahme 87 032 Mk., Ausgabe 999 004,73 Mk., mithin Zuschuß 911 972,73 Mk. Hierüber berichtet Stadtv. Zell. Es werden einige Einnahmen mehr eingestellt. Hinzukommen als Ausgaben die Kosten der Neuanstellung eines Kriminalkommissars und von vier Polizeisergeanten. Wie vorauszusehen war, nahmen die Sozialdemokraten wiederholt bei diesem Kapitel Veranlassung, ihrem Groll gegen die Handhabung der Polizeigewalt Ausdruck zu geben. Stadtv. Gerig war sehr unzufrieden mit dem Verhalten der Polizei bei sozialdemokratischen Versammlungen, beim Verteilen sozialdemokratischer Flugblätter usw. Das trüge nicht dazu bei, ein gutes Verhältnis zwischen Polizei- und „Bürgerschaft" herbeizuführen. Oberbürgermeister Dr. Rive wies die Angriffe des sozialdemokratischen Redners zurück. — Stadtv. Renner ersuchte den Magistrat, bei Vergebung von Uniformstücken, Beinkleidern usw. die hiesigen steuerzahlenden Handwerksmeister zu berücksichtigen. Oberbürgermeister Dr. Rive erwiderte, daß die Lieferungen durch hiesige Schneidermeister, die wohl eine Produktivgenossenschaft gebildet haben, nicht wunschgemäß ausgefallen seien und deshalb wären ihnen die Lieferungen nicht wieder übertragen worden. Es wäre sowohl die Lieferungsfrist nicht innegehalten worden, wie auch der Sitz der Kleidungsstücke und die Beschaffenheit des Stoffes habe nicht den Anforderungen der Polizeiverwaltung entsprochen. — Stadtv. Kühme findet es sehr bedauerlich, daß die Lieferungen im Werte von 30—40 000 Mk. für die Polizeiverwaltung nach außen vergeben werden. Es müsse hier einmal Klarheit geschaffen werden. Wer prüft die eingegangenen Tuchproben im Verhältnis zu den Preisen? Für sämtliche Lieferungen sollte eine ehrenamtliche Kommission bestimmt werden, die diese Prüfungen vornimmt. — Oberbürgermeister Dr. Rive verspricht sich von diesem Vorschlage nichts. — Stadtv. Kühme stellt den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, bei Vergebung von Kleiderlieferungen für die Polizei, Feuerwehr, Straßenbahn und Straßenreinigung eine ehrenamtliche Kommission von Sachverständigen zu bilden, welche sämtliche Angebote zu prüfen und ihr Gutachten der Rechnung über die Lieferung beizufügen hat. — Der Polizeietat wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Der Antrag des Stadtv. Kühme findet ebenfalls Annahme.

b) Kapitel X O. Stadttheater. Einnahme 41 400 Mk., dauernde Ausgaben 66 539 Mk., einmalige Ausgaben 13 600 Mk., Gesamtzuschuß 38 739 Mk. Wird genehmigt. Berichterstatter Stadtv. Dehne.

c) Kapitel X P. Museum. Einnahme 1280 Mk., Ausgabe 16 200 Mk., mithin Zuschuß 14 920 Mk. Der Berichterstatter Stadtv. v. Blume bemerkt, daß das, was das Museum bis jetzt geleistet habe, den Stiftungen zu danken sei, die dem Museum zugeflossen waren. Aber der Betrag dieser Stiftungen ist nahezu erschöpft, doch hofft der Berichterstatter, daß sich das Museum dank der Opferwilligkeit der Bürger weiterhin so günstig entwickeln wird, wie das bisher geschehen ist. Hoffentlich würde man in nicht zu ferner Zeit zu einem geeigneten Museumsgebäude gelangen. Die Vorlage wird angenommen.

d) Kapitel XVII. A. — Desinfektionsanstalt — Einnahme 1500 Mk., dauernde Ausgaben 38 800 Mk., einmalige Ausgaben 150 Mk., mithin Zuschuß 37 450 Mk. Hierüber berichtet Stadtv. Geheimrat Schmidt-Rimpler. Wird genehmigt.

e) Kapitel XVII. C. — Nahrungsmitteluntersuchungsamt. — Einnahme 3500 Mk., Ausgabe 13 530 Mk., mithin Zuschuß 10 030 Mk. Bei diesem Etat ist der Etatsausschuß zu verschiedenen Aenderungen gekommen, weil mancherlei sächliche Kosten nicht genügend hoch angestellt worden sind. Da aber die Einnahmen durch die hinzugekommenen Weinuntersuchungen um 600 Mk. steigen, die Ausgaben ebensoviel, so bleibt es bei dem gleichen Zuschuß. Wird genehmigt. Berichterstatter Stadtv. Geheimrat Schmidt-Rimpler.

g) Kapitel XIII. Bauwesen. Einnahme 322 000 Mk., dauernde Ausgaben 445 925 Mk., einmalige Ausgaben 179 625 Mark, Zuschuß 303 550 Mk. Nach den Anträgen der Berichterstatter, Stadtvv. Höschele und Giese, wird dieser Etat mit einigen kleinen Abänderungen angenommen. Hierbei fragt Stadtv. Sommer an, wie weit das Projekt des Hallenschwimmbades gediehen sei. Stadtbaurat Zachariä entgegnet, daß das Projekt in Arbeit sei. Stadtv. Knabe wendet sich mit dem Bauausschuß gegen die Einstellung der Vergütung für Unterhaltung des Bahnkörpers der städtischen Straßenbahn; diese sollte bei dem Etat der Straßenbahn eingestellt werden. Auch dieser Antrag wird angenommen.

4. Landerwerb von Reilstraße 111. Magistrat hat beschlossen, die vom Höschelschen Grundstück Reilstraße Nr. 111 fluchtlinienmäßig zur Reilstraße entfallende Landfläche von 56 Quadratmeter zu dem Preise, welcher auch den übrigen Anliegern bisher gezahlt worden ist, nämlich 20 Mk. für den Quadratmeter, zu erwerben, da das fragliche Land von der Stadtgemeinde durch Hineinlegung eines Hauptkabels des Elektrizitätswerkes in Benutzung genommen worden ist. Die Versammlung bewilligt auf Befürwortung des Berichterstatters Stadtv. Reichardt, die zu dem Landerwerbe erforderlichen Mittel aus der Anleihe von 1909 unter dem Vorbehalte, daß der entnommene Betrag nach Einziehung der Anliegerbeiträge der Reilstraße der Anleihe erstattet wird.

Hierauf werden noch die Rechnungen des städtischen Schlachthofes, des Viehhofes sowie den Erneuerungsfonds beider Institute für 1909, ferner die Rechnung über das Baukonto Sammelkanal Moritzzwinger—Neue Promenade genehmigt und Entlastung erteilt.

Es folgt die nichtöffentliche Sitzung.

Letzte Telegramme.

Raubmord.

Berlin, 7. Februar. Bei Augustenburg ist nach dem „B. T." ein Raubmord an dem 40jährigen Schuhmachermeister Wölbers verübt worden. Zwei Kollegen des Erschlagenen wurden verhaftet.

Eine zentralisierte Landes-Kriminalpolizei?

Berlin, 7. Februar. Die Schaffung einer „einheitlichen Organisation einer Art zentralisierter Landes-Kriminalpolizei" wird in einer Berliner Zeitung angeregt.

Falschmünzer.

Saaz, 7. Februar. Die Polizei verhaftete den 20jährigen Graveur Wopat und zwei Komplizen, weil sie falsche Kronenstücke anfertigten. Die Komplizen beschuldigen Wopat, auch in Deutschland falsche Hundertmarkscheine auf photographischem Wege hergestellt zu haben. Alle drei legten schließlich ein Geständnis ab.

Zu dem Attentat auf den persischen Finanzminister.

London, 7. Februar. Wie dem Reuterschen Bureau aus Teheran gemeldet wird, ist der Finanzminister Sani ed Dauleh seinen Verletzungen erlegen. Der Polizei gelang die Festnahme der beiden Mörder, nachdem sie einen von ihnen verwundet hatte. Da beide russische Untertanen sind, hat die russische Gesandtschaft ihre Auslieferung verlangt. In Ispahan herrscht große Erregung darüber, daß der russische Konsul sich weigert, den Mann auszuliefern, der am 1. d. M. den Gouverneur durch mehrere Schüsse verwundet hat. Es heißt, die Geistlichkeit reize die Bevölkerung auf, sich der Eröffnung einer Filiale der Russischen Bank zu widersetzen.

Börsen- und Handelsteil.

W. Neue bayerische Anleihe. Die bayerische Regierung begab eine vierprozentige bis 1920 unkündbare Staatsanleihe im Betrage von 50 Millionen Mark an das seitherige bayerische Konsortium, das die Anleihe Anfang nächster Woche zur Zeichnung auflegen wird.

W. Diskontermäßigung. Auch die Bayerische Notenbank hat den Wechseldiskont auf 4½ und den Lombardzinsfuß auf 5½ % herabgesetzt.

W. Deutsch-Australische Dampfschiffs-Gesellschaft. Der Aufsichtsrat schlägt eine Dividende von 9 % gegen 7 % im Vorjahre vor.

W. Die Oskar Schimmel-Aktiengesellschaft zu Chemnitz beruft eine außerordentliche Generalversammlung zur Beschlußfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals von 1,6 auf 2 Millionen Mark.

W. Die Wollauktion in London, am Montag, den 6. Februar, war belebt, bei stetigen Preisen.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Berlin.** 6. Februar. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) Weizen per 1000 kg. Inländ. 195—197 M., Märkischer und Havelländer —,— ab Bahn. Normalgewicht 755 g. Abnahme im laufenden Monat —,— M., im Mai 204,75 M. Juli 205,25 M. Tendenz: still. Roggen für 1000 kg. Inländischer 149,50—150,00 M. ab Bahn. Normalgewicht 712 g. Abnahme im lauf. Monat — M., Abn. im Mai 157,50—158 M., Juli 159,75 bis 160,25 M. Tendenz: beh. Hafer per 1000 kg. Normalgewicht 450 g. Abnahme im laufenden Monat —,— M., Mai 156,00 M., im Juli 158,50 M. Tendenz: still. Mais per 1000 kg. Ohne Angabe der Provenienz. Abnahme im Mai ,— M., im Juli —,— M. Tendenz: geschäftslos. Weizenmehl per 100 kg brutto einschl. Sack: Nr. 00 24,00 bis 27,50 M., feinste Marken über Notiz bezahlt. Tendenz: still. Roggenmehl Nr. 0 und 1 18,70—21,20 M., Abnahme im Mai —,— M. Tendenz: still. Rüböl für 100 kg mit Faß. Abnahme im laufenden Monat — M. im Mai 59,80—59,60—59,70 M. Tendenz: fest.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) Berlin, 6. Febr. Weizen loko 195—197 M. ab Bahn und frei Wagen, Mai —,— bis —,— M., Dezember —,— M. — Roggen loko 149,00—150,00 M. ab Bahn und frei Wagen, Mai —,— M. — Gerste, leichte inländische Futtergerste 140,00—158,00 M., schwere do. 159,00—170,00 M., russische und Donau leichte 128,00 bis 132 M., do. schwere 133—140 M. ab Wagen und ab Bahn. — Hafer, märk, meckl., pomm., pos., schles. fein 173—182, do. mittel 162—172, do. gering 155—161, russischer feiner 168—180, mittel 155—167 M., gering 149—154 M. ab Wagen und ab Bahn. — Mais, amerikan. mixed 137—142 M., do. abfall. —,— M., runder 139—142 M., frei Wagen. — Erbsen, inländische Futterware, mittel 151—156 M., russische do. 157—166 M., feine Taubenerbsen 157—166 M., Viktoriaerbsen ——— M., kleine Kocherbsen ——— M. frei Wagen und ab Bahn. Weizenmehl 00 loko 24,00—27,50 M. Roggenmehl 0 u. 1 loko 18,70 bis 21,20 M. Weizenkleie, grobe 9,75—11,10 M., feine 9,75 bis 11,10 M. Roggenkleie 9.50—10,25 M.

L. Hamburg, 3. Februar. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließl. Fracht, Zoll u. Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Durum I Duluth Jan./Febr. 226 M., Manitoba Jan./Febr. Nr. II 224 M., III 220 M., IV 216 M., V 207½ M., Rosafé 77 kg Jan. 210 M., 79 kg Jan./Febr. 215 M., Baruso 80 kg Jan./Febr. 213 M., Orenb. 76/77 kg Jan./Febr. 206½ M., 77/78 kg Jan./Febr. 208 M., Ulka 10 Pud 4 % Jan./Febr. 208½ M. — Roggen: Südruss. 9 Pud 15/20 prompt 158¼ M., Febr. 159 M. — Futtergerste: Südruss. 58/59 kg schwim. 122½ M., Jan. 122½ M., Jan. alt 120¼ M., Febr. 120 u. 120¼ M., März 119¾ M., April 117½ M., April/Juni 117¾ M. — Hafer: Nordruss. 50/51 kg 3 % Febr. 1 2 M., Febr./April 15 M., Febr./Mai 1 ½ M., La Plata 49 kg Febr. 14 M., März 119½ M. — Mais: La Plata schwim. 135 M., Jan. Febr. 13 ½ M., Mai-Juni 142½ M., Mixed schwim. 127 M., Febr. 127¼ M., Odessa schw. 127½ M., Febr. 128¼ M.

Düngemittel.

— **Magdeburg,** 6. Februar. Dünge- und Futtermittel. (J. F. Lahne.) Chilisalpeter 15—16 % Lieferung Frühjahr 1911 9,45 M. ab Magdeburg, schwefels. Ammoniak 20½ % 64½ ₰ pr. % ab Magdeburg, Kalkstickstoff, 17—20 % 52—53 ₰ pr. % und 15—16 % 8,00—8,30 M. per 50 kg frachtfrei jeder deutscher Bahnstation, aufgeschloss. Peruguano 7 + 9½ % 7,90 M. per 50 kg ab Magdeburg, Ammoniak-Superphosphat 9 + 9 % 7,60 M. per 50 kg und Superphosphat 17—19 % 16½ ₰ pr. % frachtfrei Stationen des Sächsischen Vertragsgebietes, Kalidüngesalz 20 % 2,80, 30 % 4,35, 40 % 6,20 M., Kainit 12 % 1,20 M. pr. 100 kg ab Paritätsstationen, Thomasschlackenmehl 14—18 % zu Syndikatspreisen, Baumwollsaatmehl 55—58 % 8,05 M., Erdnußkuchenmehl 52—56 % 7,10 M., Sesamkuchen 50—54 % 6,55 M., Mohnkuchen 40—43 % 6,65 M., Rapskuchen 40 bis 43 % 5,40 M., Hubbesche Kokoskuchen 30 % 7,65 M., Hubbesche Palmkernkuchen 24—26 % 6,00 M., Maisölkuchenmehl 30—34 % 7,40 M., Maizenafutter 25—30 % 6,70 M., Reisfuttermehl aus deutscher Schälmühle 24—28 % 4,75 M., aromat. Schlempe 30—35 % 5,80 M., Oelsaatmehl 20—24 % 4,20 M., Fischfuttermehl, zirka 60 % und 15 % phosph. Kalk 12,00 M., Original Liebigs Fleischfuttermehl 90 % 13,50 M., Knochen-Präzipitat (Futterkalk) zirka 40 % 10,00 M., bei Wagenladungen Frachtparität ab Magdeburg.

Hopfen.

— **Nürnberg**, 4. Febr. (Hopfenbericht.) Der Wochenumsatz beträgt 550 Ballen, die für Kundschafts- und Exportzwecke übernommen wurden. Die Preise sämtlicher Sorten sind schwach behauptet. Die Wochenzufuhr beträgt 300 Ballen. Stimmung ruhig.

Heutige Preise für: Geringe Markthopfen bis 100 M., mittel do. bis 118 M., prima bis 128 M., Gebirgshopfen bis 130 M., geringe Aischgründer bis —, mittel do. bis — M., prima do. bis — M., geringe Hallertauer bis 105 M., mittel do. bis 125 M., prima do. bis 135 M., Hallertauer Siegelgut bis 140 M., geringe Elsässer bis — M., mittel do. bis 118 M., prima do. bis 128 M., geringe Badische — M., mittel do. bis 125 M., prima do. bis 135 M., geringe Württemberger bis 105 M., mittel do. bis 126 M., prima do. bis 135 M., mittel Posener bis — M., prima do bis — M., Spalter Land, leichte Lagen bis 130 M., do. schwere Lagen bis 140 M. Auschaer, unballiert, verzollt bis —, Steyermärker, verzollt bis —, Galizier, verzollt bis — M., Russen, verzollt bis — M., Englische, verzollt bis — M., Belgische verzollt bis — M., 1909er Hopfen bis 85 M., Für Auswahl aus Partien werden einige Mark mehr bezahlt.

Kartoffeln. Trockenkartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

Kartoffelmarkt-Bericht vom 6. Februar von der Preisberichtstelle des D. L.-R. — Für Eßkartoffeln ist bezahlt worden in Mk. für 50 kg in Berlin: Rote Daber 2,10—2,30; Andere rote Sorten 1,90—2,00; Magnum bonum 2,60—2,70. Weiße runde 1,90—2,00. Magdeburg: Rote Daber 2,00; Andere rote Sorten 2,00; Magnum bonum 2,60; Weiße runde 2,00; Gelbfleischige Weiße 3,00. Leipzig: Rote Daber 2,60; Andere rote Sorten 2,40; Magnum bonum 3,00; Weiße runde 2,40; Gelbfleischige rote 3,00. Futter- und Brennware: Berlin: Rote Daber 1,10—1,50; Andere rote Sorten 1,10 bis 1,50; Weiße Sorten 1,10—1,50. Magdeburg: Andere rote Sorten 1,80; Weiße Sorten 1,75. Leipzig: Andere rote Sorten 2,00; Weiße Sorten 1,95.

Großhandelspreise für Trockenkartoffeln in Käufers Säcken frei Station, in Mk. für 50 kg. Die Fabriken sind alphabetisch geordnet. **Flocken:** Altheim i. Niederbayern Stat. Altheim 8,60 (bez.), Besow b. Wend. Tychow Stat. Zitzewitz 7,00 (bez.), Bolkenhain Stat. Bolkenhain 7,65 (bez.), Dettmannsdorf-Kölzow Stat. Dettmannsdorf-Kölzow i. Meckl. 7,60 (bez.), Dobieschau b. Smogulec Stat. Brachfelde 7,50 (Verk.), Dolbergen i. Hann. Stat. Dolbergen 8,20 (bez.), Gawronitz b. Roschano Stat. Poledno (Anschlußgleis Gawronitz) 7,50 (Verk.), Haesen b. Guten-Germendorf Stat. Guten-Germendorf 7,40 (bez.), Hankensbüttel Kr. Isenhagen Station Hankensbüttel 8,05—8,10 (bez.), Kambs b. Röbel Stat. Röbel 7,60—7,80 (bez.), Lief. Febr./Mai, Karstädt Stat. Karstädt 7,75 (bez.), Königsberg i. Pr. Stat. Königsberg 7,75 (bez.), Koppitz O.-Schl. Stat. Grottkau 7,25 (bez.), Maldeuten i. Ostpr. Stat. Maldeuten 8,00 (bez.), Mendenau b. Schwekatowo Stat. Mendenau 7,25, Mondschütz i. Schles. Stat. Wohlau 7,15 (Käuf.), Möstchen b. Wutschdorf, Stat. Wutschdorf 7,50 (bez.), Neumark W.-Pr. Stat. Neumark 7,25 (bez.), Niedergörne b. Arneberg Stat. Arneberg 8,00 (bez.), Polgsen b. Wohlau Stat. Wohlau 7,30 (bez.), Pozarowo b. Wronke Stat. Wronke 7,00 (bez.), Proschlitz b. Pitschen Stat. Pitschen 7,50 (Verk.), Röbel (Carl Brandt) Stat. Röbel 7,25 (bez.), Sembten Kr. Guben Stat. Koschen 7,40 (bez.) Lieferung Febr./März 7,80 (Verk.), Thymau b. Mühlen i. Ostpr. Stat. Mühlen 7,30—7,50 (bez.), Uetz b. Mahlwinkel Stat. Mahlwinkel 8,00 (Verk.), Vorsfelde Stat. Vorsfelde 8,50 (bez.), Wallstawe Stat. Wallstawe 8,00 (bez.), Zalachowo b. Labischin Stat. Znin 7,00 (bez.), Ziegenhagen b. Reetz Stat. Falkenwalde 7,20 (bez.), Zirkwitz Kr. Trepnitz Stat. Gr. Totschen 6,75 bis 7,25 (Käuf.), Zobten a. Berge Stat. Zobten 7,50 (Verk.). **Schnitzel:** Altmarin b. Fritzow i. Pomm. Stat. Fritzow 6,75 (Käuf.), Calbe Stat. Calbe a. S. 7,50 (bez.), Dom. Küstrinchen b. Selgenau 7,00 (Verk.), Gr.-Voldekow b. Belgard a. P. Stat. Gr.-Tychow 6,20 (bez.), Soldin Stat. Soldin 7,00 (bez.), Teuchern i Sa. Stat. Teuchern 7,80, Wierschoslawitz b. Grossendorf Kr. Hohensalza Stat. Grossendorf 7,50 (bez.), Wolgast Stat. Wolgast in Pom. 7,25 (bez.). (D. L.-R.)

— **Magdeburg,** 6. Februar. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 21,00—21,50 Mk. Tendenz: geschäftslos.

— **Berlin,** 6. Februar. Kartoffelstärke 20,75—21,25 Mk., Kartoffelmehl 20,75—21,25 Mk., feuchte Stärke 10,50 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen,** 6. Februar. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 87,75—88,75 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 98,00—99,00 Mk. per loko und Februar-September-Lieferung ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg,** 6. Februar. Spiritus matt, Februar 17½ G., Februar-März 17½ G., März-April 17½ G.

— **Paris,** 6. Februar. Spiritus matt, Febr. 61,25, März 61,75, Mai-August 62,50, Sept.-Dezbr. 48,75.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln,** 6. Februar. Rüböl loko 63,00, Mai 61,00.

— **Hamburg,** 6. Februar. Rüböl ruhig, loko verzollt 59,50.

— **Amsterdam,** 6. Februar. Leinöl sehr fest, loko 52¼, März 51¾, März-April 50⅞, Mai-August 47⅜, Sept.-Dez. 43.

— **Paris,** 6. Februar. Rüböl behauptet, Febr. 69,25, März 69,50, März-Juni 70,00, Mai-August 70,25.

— **Pest,** 6. Februar. Kohlraps ruhig, August 13,75.

Zucker.

W. Hamburg, 6. Februar. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo per Februar 9,27½, per März 9,35, per Mai 9,50, per August 9,70, per Oktober 9,65, per Dezember 9,67½. Tendenz: behauptet.

W. London, 6. Februar. Rüben-Rohzucker 88 % Februar 9 sh. 2¾ d. Wert, stetig, Java-Zucker 96 % prompt 10 sh. 3 d. nom., ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg,** 6. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März 55¾ G., Mai 55 G., Septbr. 54¼ G., Dezember 53¼ G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam,** 6. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko 46.

— **Havre,** 6. Februar. Kaffee. Good average Santos März 69,00, Mai 68,75, Septbr. 68,25, Dezbr. 67,75. Tendenz: ruhig.

W. Rio de Janeiro, 4. Februar. Kaffee. Zufuhren 9000 Sack in Rio, 9000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen,** 6. Februar. Baumwolle, ruhiger. Upland middling loko 74¾ Pfg.

— **Antwerpen,** 6. Februar. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. Februar 5,57½ Käufer. Dezember 5,30 Käufer. Tendenz: Behauptet.

— **Liverpool,** 6. Febr. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Willig.

Amerikanische middling Lieferungen Stetig. Per Febr. 7,55, per Febr.-März 7,55, per März-April 7,57, per April-Mai 7,58, per Mai-Juni 7,60, per Juni-Juli 7,59, per Juli-August 7,58, per Aug.-Sept. 7,42, per Sept.-Okt. 7,18, per Oktober-November 7,04.

Petroleum.

— **Hamburg,** 6. Februar. Petroleum fest. Amerik. spez. Gewicht 0,800 6,50.

Metalle.

— **Amsterdam,** 6. Februar. Bancazinn träge, loko 111¾.

— **London,** 6 Febr. Blei, span. 13 Lstrl., engl. 13¼ Lstrl., Zinn 187¼ Lstrl., Zink 23½ Lstrl., Chili-Kupfer 55⅜ Lstrl., 3 Monate 56⅛ Lstrl.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig,** 6. Febr. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 549 Rinder, und zwar 168 Ochsen, 31 Kalben, 225 Kühe, 125 Bullen, 391 Kälber, 417 Stück Schafvieh, 3235 Schweine, und zwar 3235 deutsche; zus. 4612 Tiere. Preise: Ochsen: I. 89, II. 82, III. 72, IV. 62 M. für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. 85, II. 79, III. 71, IV. 63, V. 54 M. für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 82, II. 78, III. 74 M. für 50 kg Lebendgew. Kälber: I. 59, II. 52, III. 40, IV. — M. für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 42, II. 40, III. 35 M. für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 60, II. 56, III. 52, IV. 52 M. für 50 kg Schlachtgew. Verkauf: 531 Rinder, und zwar 150 Ochsen, 31 Kalben, 225 Kühe, 125 Bullen; 330 Kälber, 407 Schafe, 3237 Schweine. Geschäftsgang: Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen, Schafe, Kälber, Schweine langsam.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 6. Februar. Roter Winter-Weizen loko 98, per März ——, per Mai 101, Juli 100, per Sept. —,—. Mais per Mai 58¼, per Juli ——, per Sept. —. Mehl 4,05 Getreidefracht nach Liverpool 2.

W. Chicago, 6. Febr. Weizen per Mai 95½, per Juli 93½, Mais per Mai 50.

W. New-York, 6. Februar. Petroleum Standard white in New-York 7,40, do. in Philadelphia 7,40, do. in Refined Cases 8,90, do. Credit Balances at Oil City 130.

W. New-York, 6. Febr. Schmalz Westernsteam 10,10, Rohe und Brothers 10,50.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gevensleben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Oertliches: Heinrich Wieschner; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle a. S. — Für unverlangt eingehende Manuskripte und Beiträge übernimmt die Redaktion keinerlei Verpflichtungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191102072-19/fragment/page=0003

Berliner Börse, 6. Febr. 1911

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	*4* 1.Apr.	*7* 1.Juli	*O* 1.Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.
2 1.Febr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 1.6.12.
3 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.

q. quartaliter 1.1.4.7.10. — q. do. 1.2.5.8.11. — q. do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — 1 österr. fl. Gold: 2 M. — 1 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,125. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4½ %, Lombardzinsfuß 5½ %, Privatdiskont 3¼ %.

a bedeutet einschliesslich Dividende.

Nachdr. verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit *1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichneten Obligationen entsprechend mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbar.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die unnotierten Stückzinsen 4 pCt., und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notierende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191102072-19/fragment/page=0004